



RATHAUS TELEGRAMM

STADTTEILBEIRÄTE FÜR GANZ ERLANGEN

Auf Antrag von SPD, GL und FDP hat der Stadtrat im Juli die stadtweite Einführung von Stadtteilbeiräten beschlossen. Noch in diesem Jahr nimmt im Bereich Anger/Bruck der erste Beirat seine Arbeit auf, 2017 folgen die übrigen fünf.

„Wir freuen uns, dass wir dieses wichtige Anliegen nach langen Jahren der Blockade unter dem früheren OB Balleis jetzt umsetzen können“, erklärt SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. „Stadtteilbeiräte

sind ein Baustein für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung in unserer Stadt. Sie ermöglichen es, vor Ort über geplante Projekte zu diskutieren, Anregungen und Anliegen aufzugreifen und dem Stadtrat vorzulegen. Durch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in ihrem direkten Umfeld kann das Interesse an der Gestaltung des Stadtteils gestärkt und die Distanz zu Politik abgebaut werden.“ ■

SPD TREIBT PLANUNGEN FÜR SCHUL- UND VEREINSSPORTHALLE IM STADTOSTEN VORAN

Gemeinsam mit den „Ampel-Partnern“ GL und FDP treibt die SPD-Fraktion die Planungen für eine Schul- und Vereinssporthalle im Stadtosten, wahrscheinlich an der Hartmannstraße, voran. Dies haben die drei Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag unterstrichen. Nachdem die eigentlich geplante Kombination einer Schul- und Vereinssporthalle mit einer Halle für Bundesligahandball nicht realisiert werden kann, soll so der dringende Bedarf für Schul- und Vereinssport im Stadtosten gedeckt werden.

„Die SPD-Fraktion hat sich immer dafür

eingesetzt, den Schul- und Vereinssport in der Stadt zu stärken“, so die SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. „Unter anderem in unseren Gesprächen mit dem Sport-Stadtverband haben wir daher immer deutlich gemacht: Wenn die Kombination aus Schul-, Vereins- und professionellem Handballsport nicht realisiert werden kann, dann wollen wir eine Halle rein für den Schul- und Vereinssport im Stadtosten schaffen. Zu diesem Wort stehen wir und setzen daher nun mit Grüner Liste und FDP die Alternativplanung in Gang.“ ■

NOCH EINIGES ZU TUN AM „DECHSI“

Nach Abschluss der Arbeiten am „neuen Röttenbach“ konnten die Badenden zunächst bis Ende Mai einen ungetrübten Badespaß erleben und die SpaziergängerInnen waren voll der Anerkennung über das neue Weiherumfeld. Kinder planschten, die Liegewiesen waren belegt und es fehlte nur noch ein funktionierender

Bootsverleih. Dieser ist mittlerweile vorhanden und wird gut genutzt. Das Umfeld wird umsichtig gepflegt, das erste Spielgerät für Kinder ist am Nordufer aufgebaut worden - und die Menschen kommen (wieder)!

Die Befürchtung, dass die gute Wasserqualität noch nicht von Dauer sein könnte,

lag jedoch von Anfang an nahe: Der Weiher muss doch noch mit den Schadstoffen im Sediment, die sich seit der Entschlammung 2003 wieder angesammelt hatten, fertig werden. Daher „grüßen“ auch dieses Jahr also wieder Faden- und Blaualgen und führen hin und wieder zu stinkendem Wasser. Hinzu kam noch, dass die Barriere bzw. der Steindamm am Einlauf in den Weiher, auch aufgrund der starken Regenfälle dauernd, überflutet wurde und so das Wasser, das eigentlich um den Weiher geleitet werden sollte, ungehindert einfließen konnte. Damit wurde bisher die gewohnte, unerwünschte Fracht im Weiher verteilt. Dass sich am Weiherrand wieder

vermehrt Schilf, Binsen und andere, positiv wirkende, Pflanzen angesiedelt haben, ist sehr erwünscht – das gilt aber weniger für den Aufwuchs an einigen Stellen im Weiher. Dazu die Dechsendorfer Stadträtin Ursula Lanig: „Es muss noch einiges passieren am Dechsi: Entweder muss die Barriere erhöht, oder der Einlauf in den Umleitungsgraben abgesenkt werden. Das mitten im Weiher aufwachsende Schilf muss entnommen und die Böschung des umlaufenden Röttenbachs sollte gemäht werden. Erlangens BürgerInnen brauchen das stadt- und naturnahe Erholungsgebiet und wir dürfen nicht auf halbem Wege stehen bleiben!“ ■

PAUL-GORDAN-STRASSE: POLARISIERUNG VERMEIDEN

Für ein Bürgerbegehren zur „Aufstellung eines Bauleitplanverfahrens mit dem Ziel einer öffentlichen Grünfläche“ – und damit zur Verhinderung des sozialen Wohnungsbaus an der Paul-Gordan-Straße – haben Gegnerinnen und Gegner etwa 6.100 Unterschriften gesammelt und eingereicht. Im Stadtrat hat auch die SPD-Stadtratsfraktion der Position des Oberbürgermeisters zugestimmt, keinen Bürgerentscheid durchzuführen. Dafür wurde das Bürgerbegehren angenommen und auf sozialen Wohnungsbau in der Paul-Gordan-Straße verzichtet. Eine temporäre Flüchtlingsunterkunft soll dort aber trotzdem errichtet werden.

„Die Entscheidung gegen den sozialen Wohnungsbau an der Paul-Gordan-Straße ist uns nicht leichtgefallen“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Philipp Dees. „In einer Kampagne zum Bürgerentscheid hätte aber gedroht, dass einerseits das wichtige Thema sozialer Wohnungsbau und die berechtigten Einwendungen mit Bezug auf die Paul-Gordan-Straße, wie der Erhalt der Grünfläche dort oder der Denkmalschutz, mit der Ablehnung von sozialem Wohnungsbau in eher wohlhabenden Stadtteilen insgesamt und auch dem Thema Unterbringung von Flüchtlingen andererseits vermischt worden

wäre. Dies hätte zu einer Polarisierung der Stadtgesellschaft geführt, die den ‚Erlanger Konsens‘, sozialen Wohnungsbau überall in der Stadt zu errichten und damit keine ‚reichen‘ und ‚armen‘ Stadtviertel zu schaffen, massiv in Frage gestellt hätte. Diese Polarisierung wollten wir mit Blick auf den notwendigen Neubau von Wohnungen gerade im geförderten Bereich vermeiden.“

Die SPD wird aber nun das Thema „Wohnen“ zu einem noch stärkeren Schwerpunkt ihrer inhaltlichen Arbeit machen. „Wir wollen das Bewusstsein dafür schärfen, wie dringend neue Wohnungen in unserer Stadt sind. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen, weil wir in unserer Stadt auch die Menschen, die sie bewohnen, brauchen und wertschätzen: Verkäuferinnen und Verkäufer, Erzieherinnen und Erzieher, Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger und Handwerkerinnen und Handwerker und viele andere mit eher niedrigen Einkommen tragen die Wirtschaft in unserer Stadt genauso wie die eher gutverdienenden Akademikerinnen und Akademiker. Dann müssen wir aber auch für Wohnungen in unserer Stadt sorgen, die sie bezahlen können“, begründet dies die Fraktionsvorsitzende Barbara Pfister. ■

INTERESSENKOLLISION IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Bei der dritten Veranstaltung der Reihe „Auf die Plätze“ hat die Erlanger SPD zur Diskussion über Interessenskollisionen im öffentlichen Raum auf den Bohlenplatz geladen. Die Veranstaltung war mit über 40 Interessierten sehr gut besucht und verlief sehr konstruktiv.

Herr Blöchl (Leiter Polizeiinspektion Erlangen) erläuterte, dass es dieses Jahr bisher sechs Einsätze wegen Ruhestörung am Bohlenplatz gab. Hierbei setze die Polizei zunächst auf den Dialog mit den Verantwortlichen. Erst wenn dieser scheitert, kämen härtere Maßnahmen wie Platzverweise zum Einsatz. Herr Blöchl wies jedoch darauf hin, dass die Polizei aus Kapazitätsgründen nicht für eine permanente Ruhe in der Stadt sorgen könne.

Im Verlauf der Diskussion hatten auch mehrere Anwohner geäußert, dass sie sich durch die Nutzung des Bohlenplatzes bis weit nach Mitternacht häufig in ihrer Nachtruhe gestört fühlten. Hauptsächlich laute Musik oder Gegröle von Betrunknen werden als besonders unangenehm empfunden.

In Hinblick auf die Ursachen der intensiven Nutzung des Platzes wies ein Student darauf hin, dass viele Studierende sich aufgrund eines kleinen Zimmers gerade im Sommer häufiger im Freien auf-

halten wollen. Der Bohlenplatz erscheint hierbei vielen als der fast einzige mögliche Platz in der Innenstadt.

Susann Skerra (Streetwork Erlangen) wies darauf hin, dass Jugendliche von anderen Plätzen häufig vertrieben würden und sich deren Aufenthalt deshalb am Bohlenplatz konzentrieren würde. Weiterhin erläuterte sie im Hinblick auf andere Plätze, wie der Wöhrmühle, dass junge Leute oft nicht dorthin wollten, weil diese eben außerhalb des Stadtzentrums sei.

Allgemein sahen einige der Anwesenden die Universität in der Pflicht, sich auch um entsprechende Aufenthaltsmöglichkeiten für ihre Studierenden zu kümmern, etwa in der längeren Öffnung des Schloßgartens. Der Bürgermeistersteg wurde ebenfalls als ein alternativer Platz genannt, welcher aufgrund fehlender direkter Anwohner weniger konfliktanfällig sei. Obwohl dieser bereits durchaus rege genutzt wird, gäbe es auch hier noch Optimierungspotential.

Durch die Bereitschaft zu Dialog und Rücksichtnahme zwischen Anwohnern und Nutzern des Bohlenplatzes lassen sich die Interessen beider Gruppen vereinen und ein Miteinander gewährleisten. Die Stadt sollte auf Regeln der Platznutzung und alternative Freiflächen hinweisen. ■

AUF DIE PLÄTZE



Radtour „Kunst im Stadtbild“

18.08.2016, 16 Uhr

Treffpunkt: Martin-Luther-Platz

GISELA NICLAS – DIE FACHFRAU FÜR SOZIALES

Die Diplomsozialarbeiterin und ehemalige Bürgermeisterin Gisela Niclas ist 68 Jahre alt und wohnt in Schallershof. Neben ihrem Engagement im Erlanger Stadtrat ist sie die SPD-Fraktionsvorsitzende im Bezirkstag Mittelfranken

Sie vertritt die SPD-Fraktion als Sprecherin für Soziales im Sportausschuss und im Sozial- und Gesundheitsausschuss. Das erklärte Anliegen von Gisela Niclas ist der Einsatz für Armutsbekämpfung und ein inklusives Erlangen, das allen Menschen

gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe sichert. Mit der Umsetzung des Erlangen-Passes, für den sie viele Jahre lang gekämpft hat, hat Gisela Niclas einen großen Schritt für dieses Ziel erreicht und vielen Menschen die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. ■

